

Justiz, Freiheit und Sicherheit

Prof. Jonathan Faull, Leiter der Generaldirektion für Justiz, Freiheit und Sicherheit der Europäischen Kommission, sprach im Rahmen der juristischen Workshops der Rechtssektion am 19. April 2005 im Bundesministerium für Inneres über die Herausforderung der EU-Präsidentschaft aus der Sicht der Europäischen Kommission.

Generaldirektor Faull, seit 15. März 2003 an der Spitze des *Directorate-General for Justice, Freedom and Security (DG JFS)* in Brüssel, griff in seinem Vortrag ein für Österreich ab Jahresbeginn 2006 zentrales Thema auf: Die Herausforderung der EU-Präsidentschaft aus der Sicht der Europäischen Kommission. „Die Kommission bietet sich als Partner an und möchte Österreich bei der herannahenden Aufgabe unterstützen“, sagte Faull.

Die Bereiche Justiz und Inneres hätten bis vor etwas mehr als zehn Jahren in der Europäischen Union in ihrer Bedeutung eine eher untergeordnete Rolle gespielt, betonte der Generaldirektor: „Es ging um das Herz der nationalen Souveränität.“ Die Vergrößerung der Union, aber auch neue Bedrohungsszenarien nach dem 11. September 2001 in den USA bzw. dem 11. März 2004 in Madrid, hätten einen grundlegenden Wandel bewirkt.

Heute seien zahlreiche die EU täglich beschäftigende Materien Angelegenheit der Justiz und der inneren Sicherheit, etwa Asyl, Migration, Terrorismus oder organisierte Kriminalität. In diesen Materien werde auch die Republik Österreich während des Ratsvorsitzes ab 1. Jänner 2006 vor besondere Herausforderungen gestellt, sagte Faull. So werde es unter anderem um die Vergrößerung des Schengen-Raums gehen, aber auch um die Implementierung der zweiten Generation des *Schengener Informationssysteme (SIS)* und des neuen *Visa-Informationssysteme (VIS)* sowie damit in Zusammenhang stehende datenschutzrechtliche Fragen. Auch die Bewegung



Juristischer Workshop: Sektionschef Mathias Vogl, GD Jonathan Faull, Sektionsleiter-Stellvertreter Peter Heindl.

von Rumänien und Bulgarien in Richtung Union werde immer greifbarer.

Das „**Haager Programm**“, das während der niederländischen EU-Präsidentschaft 2004 vom Rat beschlossen wurde und auf Grund dessen ein „Action Plan“ Schwerpunkte für Justiz und Inneres für die kommenden fünf Jahre darlegen soll, wird für Österreich eine wichtige Basis der Präsidentschaftsarbeit bilden. Als Brennpunkte in der aktuellen und zukünftig zu erwartenden Arbeit nannte Faull unter anderem den Asylbereich, Fragen der Grenzsiche-

rung und den Kampf gegen den internationalen Terror.

„Die enge, grenzüberschreitende Zusammenarbeit von Polizeibehörden und der Ausbau von Netzen und des Informationsaustauschs sind wesentliche Punkte“, erklärte Generaldirektor Faull. Durch die Unterschiedlichkeit der Rechtssysteme und Landessprachen stoße man nach wie vor auf Hindernisse bei Ermittlungen oder der Strafverfolgung; ein gemeinsames, akkordiertes Handeln der Mitgliedstaaten sei daher gerade im Sicherheitsbereich unverzichtbar.

Gastgeber Dr. Mathias Vogl, Leiter der Rechtssektion, eröffnete die an den Vortrag anschließende Diskussion mit einer Frage zum momentanen Entwicklungsstand in Bezug auf ein gemeinsames europäisches Asylsystem. „An den Rechten der Genfer Konvention und den anderen grundrechtlichen Garantien im Asylbereich ist jedenfalls festzuhalten“, bekräftigte Faull. Die tatsächliche Weiterentwicklung auf EU-Ebene sei für ihn schwer einschätzbar, er rechne aber mit einer Annäherung bei vielen materiellen und verfahrensrechtlichen Bestimmungen und einer laufend engeren Kooperation der Mitgliedstaaten. Weitere Themen der Diskussion betrafen das Passwesen, Visa und den Rechtsschutz in der EU. „Es ist wahr, dass wir uns in den vergangenen Jahren mehr auf die Sicherheitsseite als den Rechtsschutz konzentriert haben“, sagte Faull. „Der hohe Grundrechtsstandard innerhalb der EU muss aber beibehalten werden. Im Zentrum steht immer die Rechtsstaatlichkeit und der Respekt vor den Rechten des Einzelnen.“

Gregor Wenda



Teilnehmer am juristischen Workshop.